

Mainzer Kohlekraftwerk hat Finanzierungsprobleme

Deutsche Bank seit September mit Finanzierung beauftragt – bisher ohne Erfolg / Stadtwerke-Vorstand gibt falsche Zahlen aus/Proteste gegen Deutsche Bank angekündigt

Mainz / Berlin 23.4.2009. Die Aussagen des Vorstandes der Mainzer Stadtwerke, Detlev Höhne, die Finanzierung des Mainzer Kohlekraftwerkes sei gesichert, sind nach einem Finanzbericht, der der Klima-Allianz vorliegt, falsch. Recherchen eines von der Klima-Allianz beauftragten Finanzexperten für Energieprojekte zufolge wurden zwar im September 2008 die Deutsche Bank und die britische Barclays Bank mit der Finanzierung des klimaschädlichen Kohle-Projektes beauftragt, allerdings sei der Deal noch immer nicht abgeschlossen.

"Die Wahrscheinlichkeit, dass sich heute neue Kohlekraftwerksprojekte noch rechnen, tendiert gegen Null. Ab 2013 müssen die Stromkonzerne ihre CO₂-Emissionszertifikate im Rahmen des EU-Handels zu 100% ersteigern, was Strom aus Kohle entscheidend verteuert" so Rainer Baake, Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe (DUH). "Außerdem werden die Erneuerbaren Energien weiter massiv ausgebaut und haben gesetzlichen Vorrang bei der Netzeinspeisung. Weil Sonne und Wind unsted anfallen, brauchen wir in Zukunft Kraftwerke, die darauf flexibel reagieren. Das können Kohlekraftwerke wenn überhaupt, dann nur auf Kosten ihrer Wirtschaftlichkeit. Sie passen einfach nicht mehr in ein immer stärker auf Erneuerbaren Energien basierendes System".

Dem Finanzbericht zufolge wird die Finanzierung nicht nur aufgrund des harten Widerstandes in der Region und den zahlreichen Rechtsstreiten verzögert. Vielmehr seien auch die hohen Generalunternehmerkosten ein Problem für die Wirtschaftlichkeit des Projektes. So beziffert der Finanzbericht, dass die Finanzierung von ursprünglich einer Milliarde Euro Fremdkapital nun auf 1,2 Milliarden Euro Fremdkapital gestiegen sei. Sollte sich dies als korrekt heraus stellen, würden sich die Kosten des Kohlekraftwerkes zusammen mit geschätzten 300 Millionen Euro Eigenkapital auf 1,5 Mrd. Euro summieren. „Wir fordern Herrn Höhne auf, Stellung zu diesen Zahlen zu nehmen. Der Öffentlichkeit dürfen nicht erneut die wahren Kosten verheimlicht werden“, erklärt Patrick Hassenpflug, Sprecher der Bürgerinitiative Kohlefreies Mainz (KoMa). Damit spielt Hassenpflug darauf an, dass der Mainzer Stadtrat im Januar 2007 von Höhne und Oberbürgermeister Beutel wissentlich falsch über die zu erwartenden Kosten informiert wurde. Damals war noch von 900 Millionen Euro die Rede. „Es wäre ein absoluter Skandal, wenn Höhne heute bestreiten würde, dass das Projekt noch teurer als die öffentlich bekannten 1,2 Milliarden wird, und sich dies erneut als falsch erweisen sollte“, erklärt Hassenpflug.

Die höheren Kosten des Projektes verschlechtern die Wirtschaftlichkeit und somit die Finanzierbarkeit des Projektes erheblich. Damit würden, so die Informationen der Klima-Allianz, parallel die Zinskonditionen verschlechtert und der Finanzierungszeitraum für das Mainzer Projekt von 20 auf 25 Jahren steigt. Auch hier fordert KoMa Auskünfte vom Stadtwerke-Vorstand, der immerhin noch letzte Woche behauptete, die Finanzierung sein „vertraglich abgesichert“.

Die Deutsche Bank bestreitet auf Nachfrage der Klima-Allianz nicht, an der geplanten Finanzierung des Mainzer Kohle-Projektes beteiligt zu sein. "Bekanntnisse der Deutschen Bank zu einer an Nachhaltigkeit ausgerichteten Geschäftspolitik klingen schal, wenn sie gleichzeitig die Finanzierung von Projekten vorantreibt, die das klimaschädliche Stromsystem bis über die Mitte des 21. Jahrhunderts verlängern," kritisiert Baake. "Es scheint der Deutschen Bank auch gleichgültig zu sein, dass die KMW-Eigentümer, die Städte Mainz und Wiesbaden, das Projekt ablehnen und alle Hebel in Bewegung setzen, um den Bau noch zu verhindern."

Die Kraftwerksgegner haben sich daher entschlossen, die potenziellen Finanziers des klimaschädlichen Kohlekraftwerkes nun auch in den Fokus ihres Protestes zu ziehen. Erste Protestveranstaltungen gegen die Deutsche Bank sollen schon bald in Mainz und Wiesbaden stattfinden, kündigen die Klima-Allianz und KoMa an.